

## **„Reifezeiten“**

### **Tagung zur politischen Bildung an der Universität Bamberg über den Zeitdruck in Bildung und Politik**

Michael Görtler

„Wenn du es eilig hast, mach einen Umweg!“, heißt es in einem japanischen Sprichwort. Dieser Rat mag nicht in allen Situationen, in denen die Zeit knapp ist, hilfreich sein. Aber klug ist es zweifellos, Umsicht und Sorgfalt trotz Zeitknappheit vor allem dann walten zu lassen, wenn viel auf dem Spiel steht. Und genau das ist bei Bildung und Politik der Fall: Bildung formt Menschen, Politik formt Gesellschaften, beide stellen Weichen für die Zukunft. In beiden Bereichen wird nun in der Tat über massiven Zeitdruck geklagt und auf dessen teils verheerende Konsequenzen verwiesen. Kindern bleibe meist wenig Zeit zum vertieften Lernen, der Stoff würde im Unterricht durchgepeitscht, Fragen störten nur. Politikern bleibe meist wenig Zeit zum intensiven Austausch ihrer Sichtweisen, manche Reden würden im Parlament nur noch zu Protokoll gegeben, politische Entscheidungen in immer kürzeren Abständen korrigiert. Gründe genug für Praktiker und Theoretiker der politischen Bildung, sich auf der Tagung „Reifezeiten – Bildung, Politik und Zeit“ an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (13. und 14. April 2010) einige Fragen zu stellen: Sind solche Versuche, bei der Formung von Menschen und Gesellschaften Zeit einzusparen, wirklich sinnvoll? Welche Qualität haben die unter Zeitdruck entstandenen Resultate? Und welche Rolle spielt die politische Bildung bei der Verknüpfung von Bildung und Politik?

Die Suche nach Antworten begann mit einem kritischen Blick auf den Umgang mit Zeit im herrschenden Schulsystem. Kinder, eigentlich als höchst neugierige Wesen geboren, bekämen im strammen Zeitkorsett des Unterrichts nur selten die Zeit, ihren „Jagdtrieb“ auszuleben, befand Ursula Drews, Professorin für Schulpädagogik an der Universität Potsdam. Trotz ihres enormen „Zeitreichtums“ bremse die Schule oft die Entfaltung menschlicher Potenziale, statt sie zu beflügeln. Schulisches Lernen bedeute vor allem das Abarbeiten von Lehrplänen und das Aneignen von „vorerledigten“ Inhalten, ergänzte ihr Frankfurter Kollege Horst Rumpf, der seit den 70er Jahren unermüdlich für die Respektierung und Förderung von Umwegen beim Lernen plädiert. Die Zeit zum „Einlassen“ auf den Lernstoff sei in unseren Schulen in der Regel schlicht nicht vorhanden. Manfred Molicki, Schulleiter in Villingen-Schwenningen

und Gründer des Netzwerkes für „Zeitkultur“, machte darauf aufmerksam, dass man die Folgen dieser „Beschleunigung der Kinder“ erst mit einiger zeitlicher Verzögerung bemerke. Dann nämlich, wenn man mit desinteressierten Jugendlichen und Erwachsenen konfrontiert sei, für die Wissen nicht erfahrbar und nicht hinterfragbar sei, weil sie ganz auf das „Einhämmern“ und „Wiederkäuen“ programmiert seien.

Verantwortlich für den Zeitdruck in der Schule ist auf den ersten Blick vor allem die Politik. Kann aber von ihr mehr Rücksichtnahme auf die Eigenzeitlichkeiten von Bildungsprozessen erwartet werden, wenn sie selbst enorm unter Zeitdruck steht? Der Bamberger Verwaltungswissenschaftler Markus Heindl vertrat die These, dass das Tempo vieler Gesetzgebungsprozesse der Komplexität der zu behandelnden Materien nicht angemessen sei. Rechtsunsicherheit, geringe Transparenz und letztlich schwindendes Vertrauen in die politische Gestaltbarkeit unseres Gemeinwesens, auch in Bezug auf die Bildung der Heranwachsenden, seien die Quittung für solcherlei Hast. Reinhard Zintl, Inhaber des Bamberger Lehrstuhls für Politische Theorie, sieht das Zeitproblem in der Politik eher in ihrer Vergesslichkeit und Kurzsichtigkeit begründet, die teils „strategisch“ motiviert, im wesentlichen aber allgemeinmenschlichen Ursprungs seien. Mit dieser Diagnose wollte sich Ulrich Mückenberger, Arbeitsrechtswissenschaftler aus Hamburg und Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, nicht zufrieden geben. Vor allem die Frage, wie weit der Blick der Politik in die Zukunft reichen solle und wie zukünftige Ereignisse heute zu bewerten seien, müsse in demokratischen Gesellschaften diskursiv entschieden werden. Und genau dafür sei eine gute Bildung unabdingbar. In einem verfassungsmäßigen „Recht auf Eigenzeit“ sieht Mückenberger eine Chance, die Verfügung über Zeit doppelt zu schützen: in Bezug auf die individuelle Zeit, die auch dem politischen Mündigwerden der Person diene, wie auf die kollektive Zeit, die für die politischen Diskurse über die Zukunft des Gemeinwesens erforderlich sei.

Unabhängig davon, ob nun Zeitknappheit, Vergesslichkeit oder Kurzsichtigkeit im Kontext ungeschützter Eigenzeiten für das bildungspolitische Versagen verantwortlich sind: Für eine Korrektur dieses Zustands ist in der Demokratie letztlich der Souverän, der Staatsbürger, zuständig. Um dessen Bildung ist in der Schule das Fach Sozialkunde als „Leitfach der politischen Bildung“ bemüht. Wie aber kann den zukünftigen Staatsbürgern der fragwürdige Umgang mit Zeit in der Politik und dessen Auswirkungen auf die Bildung bewusst gemacht werden? Der Bamberger Politikwissenschaftler Michael Görtler stellte didaktische Ansätze

für den Politikunterricht vor, die das Verständnis für die Zeitdimension des Politischen besonders fördern wollen. Ein Ansatz empfiehlt, politische Institutionen als „geronnene Zeit“ zu begreifen, weil in ihnen historische Erfahrungen abgelagert seien, die Gesellschaften beim Versuch der Gestaltung des Zusammenlebens gemacht hätten. Politische Institutionen verkörperten aus dieser Perspektive jedoch immer nur eine Art Waffenstillstand, also einen zeitweiligen Konsens zwischen gegeneinander gerichteten Kräften, der im nächsten Moment wieder aufbrechen könne. Ein Unterricht, der Politik in ihrer Zeitlichkeit als fortwährenden Wechsel zwischen „Konsens und Konflikt“ beschreibe, lasse den Stoff nicht nur lebendig und spannend werden, sondern betone auch die Veränderbarkeit politischer Gegebenheiten. Durch die Einbettung aktueller Ereignisse und Problemlagen in einen solchen „Politik-Zyklus“, so Fritz Reheis, der als Leiter der Fachstelle für Didaktik der Sozialkunde an der Uni Bamberg die Tagung organisiert hatte, könnten auch so genannten „ökonomische Sachzwänge“ als „geronnene Verhältnisse“ wieder „verflüssigt“ werden. Politische Bildung dürfe nämlich nicht nur dazu befähigen, die Realität beschreiben und erklären zu können, sie müsse bei ihren Adressaten auch den „Möglichkeitssinn“ für die Veränderung der Realität schärfen. Das sei ein hoher Anspruch, gab ein Bamberger Seminarlehrer zu bedenken und verwies auf die insgesamt drei Stunden Sozialkunde in der Woche, die im achtjährigen Gymnasium in der Regel zur Verfügung stünden. Ähnlich beklagte eine Referendarin die fehlende Zeit für Projekte, die den Schülern Politik näher bringen könnten. Schule und Unterricht – so das Resümee der Tagung – müssten deshalb den Heranwachsenden auch außerhalb des politischen Fachunterrichts ausreichend Raum und Zeit bereitstellen, um ihre Persönlichkeit wachsen zu lassen und sie auf ihre Rolle als mündige Staatsbürger in einer zukunftsfähigen Demokratie vorbereiten zu können. Kurz: Bildung und Politik müssen „reifen“ können. „Gut Ding“ will eben „Weile haben“, heißt es in einem deutschen Sprichwort.